

Starke Bildung für Basel

Gestärkte Eltern
Stärkenrelevante Volksschule
Gestärkte Berufsbildung
Starke Volluniversität

Stellungnahmen der CVP Basel-Stadt zu einigen anstehenden, dringenden Fragen in der Basler Bildungspolitik.

September 2019



1. Grundsätzliches

- **Die CVP Basel-Stadt...**
- **...ist klar der Auffassung, dass die Eltern die Hauptverantwortung für das Wohlergehen ihrer Kinder haben und deshalb auch hauptverantwortlich über Massnahmen zur Wahrung und Förderung des Kindeswohl selbst entscheiden können.**
 - ✓ Sie wehrt sich gegen Tendenzen, die diese Verantwortung den Eltern verwehren oder wegnehmen wollen.
 - ✓ Sie wehrt sich auch gegen Tendenzen, die es Eltern ermöglichen, die Verantwortung über die Erziehung ihrer Kinder nur aufgrund materieller Überlegungen fast gänzlich in die Hände des Staates zu legen.
 - ✓ Sie ist der Auffassung, dass die Familie einen optimalen Rahmen für die Erziehung der eigenen Kinder darstellt.
- **...erachtet eine starke Volksschule als das Fundament unseres Bildungssystems und Garantin einer qualitativ hohen Ausbildung mit hohem Integrationscharakter für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Sie kann dies nur sein, wenn der integrale Charakter einer eigentlichen Volksschule nicht durch die Möglichkeit einer kostenneutralen Wahl einer Privatschule geschwächt wird.**
 - ✓ Die CVP Basel-Stadt unterstützt eine fördernde Volksschule. Sie ist jedoch der Auffassung, dass die notwendige Korrektur von der zu stark auf die Förderung ausgerichtete Schulreform von 1985 (OS/WBS) zu einer Volksschule mit einem gesunden Leistungsaspekt mit der dazugehörigen Selektion in der Sekundarschule, aber auch in der Primarschule, noch zu wenig stattgefunden hat.
 - ✓ Die CVP Basel-Stadt fordert, dass die anstehenden Evaluationen der Schulharmonisierung auch die Schulleistungen der Schülerinnen und Schüler zahlenbasiert unter Verwendung der Resultate der vorhandenen Leistungsmessungen (Checks) einbeziehen.
 - ✓ Die Qualität der Umsetzung des Lehrplans 21, insbesondere in den beiden neuen Fächern ERG (Ethik, Religion und Gemeinschaft in der Sekundarschule) resp. NMG (Natur, Mensch, Gesellschaft in der Primarschule), ist zu überprüfen.
 - ✓ Die CVP Basel-Stadt fordert, dass die integrative Beschulung von stark auffälligen Schülerinnen und Schülern überprüft wird. Je nach Resultat sind weitere separative Angebote aufzubauen. Diese entlasten die Lehrpersonen, aber auch die Klassen. Zudem können die Schülerinnen und Schüler in diesen Angeboten spezifischer gefördert werden. Dabei ist bei der Notwendigkeit einer separativen Lösung eine schnelle Lösung zu finden, um eine Belastung der Mehrheit der Schülerinnen und Schüler in einem Klassenverband möglichst gering zu halten.

- **...erachtet das duale Berufsbildungssystem der Schweiz als hohes Gut, das nicht durch eine unnötige Verakademisierung infrage gestellt werden sollte. Eine zu hohe Maturitätsquote fördert die Verakademisierung der Berufsbildung und schadet dem dualen Bildungssystem.**
 - ✓ Sie erachtet die Ausbildung über Lehre, Berufsmaturität und Fachhochschule und das Studium an einer universitären Hochschule als zwei gleichwertige, alternative Wege, die beide zu einem erfolgreichen beruflichen Leben führen.
 - ✓ Für die CVP Basel-Stadt ist die Ausbildung über Lehre, Berufsmaturität und Fachhochschule der eigentliche Königsweg der Berufsbildung und muss entsprechend attraktiv gestaltet und gestärkt werden.
- **...erachtet den freien Zugang zu den universitären Hochschulen mit der Maturität als nach wie vor einzigartige Errungenschaft des Schweizer Gymnasiums, die nicht durch eine systemische Erhöhung der Maturitätsquote infrage gestellt werden sollte.**
 - ✓ Dabei sollte die schweizerische Maturität aber über eine internationale Anerkennung verfügen und z. B. in Bezug auf den Nachweis des Fremdsprachenerwerbs aufgrund des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) zertifiziert sein.
- **...steht zu einer Volluniversität Basel, deren geisteswissenschaftliche Disziplinen nicht auf Kosten einer einseitigen Fokussierung auf die Life Sciences geschwächt oder gar beschnitten werden sollen.**
 - ✓ Die CVP Basel-Stadt erachtet die Geisteswissenschaften als unabdingbare kulturhistorische Grundlage jeden naturwissenschaftlichen Forschens, und diese müssen gegenüber kurzfristigen gewinnoptimierenden Tendenzen hin zu einer einseitigen Ausrichtung der Universität geschützt werden.
- **...wehrt sich gegen die Tendenz, jede höhere Berufsausbildung zu verakademisieren und vor allem praxisbezogene Ausbildungen zu theorie- und forschungsnahen Master-Ausbildungsgängen "aufzuwerten". So lehnt sie auch dezidiert die Forderung nach einem "Master für alle" für die Primarlehrmatsausbildung ab.**

2. Volksschule

Flexible Einschulung

Die CVP Basel-Stadt fordert einen flexiblen Kindertageeintritt in der Verantwortung der Eltern.

Kindergarteneintritt

Im Rahmen der Harmonisierung des Schweizer Schulsystems wurde der Einschulungstichtag im Kanton Basel-Stadt vom 30. April auf den 31. Juli vorverschoben. Damit sind die jüngsten Kinder beim Eintritt in den Kindergarten knapp vierjährig. Der frühe Kindergartenstart ist für einige Kinder eine Chance, für andere, die den notwendigen Entwicklungsstand noch nicht erreicht haben, eine Überforderung.

Die Eltern haben die Verantwortung für das Wohlergehen ihrer Kinder. Entsprechend sollen sie entscheiden dürfen, ob ihr Kind bereits in den Kindergarten eingeschult werden soll, oder ob es für das eigene Kind pädagogisch richtig ist, die Einschulung um ein Jahr hinauszuschieben. Eltern sollen ohne ärztliche oder schulpsychologische Abklärungen und Bewilligungen frei über einen verspäteten Eintritt in den Kindergarten entscheiden können. Im Kanton Aargau und im Kanton Bern ist dies bereits möglich und wird von rund 10% der Eltern wahrgenommen.

→ *Beilage*: Motion betreffend "Hürdenfreier, flexibler Eintritt in den Kindergarten". Eine ähnlich lautende Motion von Claudia Brodbeck wurde im Landrat des Kantons Basel-Landschaft am 9.5.19 der Regierung überwiesen.

Die CVP Basel-Stadt fordert einen flexiblen Übertritt in die Primarschule als Alternative zu Einführungsklassen in der Verantwortung der Eltern.

Übertritt in die Primarschule

Bei Entwicklungsverzögerungen sollen Eltern frei ohne Abklärung und Bewilligungen über ein drittes Kindergartenjahr vor Übertritt in die Primarschule entscheiden können.

Aufgrund des Entscheids des Grossen Rates über die Motion Kerstin Wenk aufgrund des Ratschlages "Neue Massnahmen im Umgang mit Entwicklungsverzögerungen" ist das Führen von Einführungsklassen wieder möglich.¹ Dies geschieht allerdings aufgrund eines Entscheids der Schulleitung des Primarschulstandortes. Das heisst, dass nicht gewährleistet ist, dass am nächstgelegenen Primarschulstandort eine Einführungsklasse geführt wird. Mit dem freien Entscheid der Eltern über einen verspäteten Eintritt in die Primarschule kann somit einer Entwicklungsverzögerung ohne Wechsel des Primarschulstandortes Rechnung getragen werden.

→ *Beilage*: Motion betreffend "Hürdenfreier, flexibler Eintritt in die Primarschule"

Wahl Schulmodell

Die CVP Basel-Stadt fordert, dass die Eltern das Modell, nach dem ihr Kind an der Sekundarschule unterrichtet werden soll, wählen können.

¹ Vgl. <http://www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100388/000000388652.pdf?t=154301514320181124001903>.

Die CVP Basel-Stadt ist der Auffassung, dass die Eltern nicht nur den Sekundarschulstandort für ihre Kinder wählen dürfen, sondern auch das Unterrichtsmodell.

Eine entsprechende Motion wurde im Grossen Rat im Mai 2017 nicht an den Regierungsrat überwiesen. Ein in der Folge eingereichter Anzug mit der gleichen Forderung ist noch hängig.

Homeschooling

Die CVP Basel-Stadt ist gegen Homeschooling.

Werden Kinder zuhause unterrichtet, fehlt ihnen ein grosser Teil der Sozialisation, und zwar jene Sozialisation, bei der es darum geht, sich mit Gleichaltrigen auseinanderzusetzen, die man nicht unbedingt mag oder die aus einem anderen sozialen oder ethnischen Umfeld stammen. Insofern ist die Klasse ein anderes Sozialisierungsfeld als etwa eine Gruppe von Kindern, die dem gleichen Hobby nachgehen.

Schwierig ist in diesem Zusammenhang auch die Gewährleistung der Qualität des Unterrichts, wenn er von nicht pädagogisch geschulten Erwachsenen zuhause erteilt wird.

Bildungsgutschein

Die CVP Basel-Stadt ist gegen Bildungsgutscheine.

Eine grosse Errungenschaft im schweizerischen Bildungswesen ist eine breit abgestützte, öffentliche Volksschule, in die über 90% der schulpflichtigen Kinder eintreten. Sie ist der Grundpfeiler eines erfolgreichen Bildungssystems, um das uns viele Länder beneiden.

Ist es mit Bildungsgutscheinen möglich, ohne erhebliche finanzielle Einbussen in eine Privatschule einzutreten, führt dies zu einer Schwächung bis hin zu einer Marginalisierung der Volksschule und des öffentlichen Bildungsweges, indem es zur Bildung ethnisch homogener Eliteschulen des Bildungsbürgertums kommen kann, wie wir sie in Grossbritannien und den USA kennen.

Werden aber gerade solche Schülerinnen und Schüler der Volksschule entzogen, verliert diese aufgrund einer Schülerpopulation mit schwächerem Bildungshintergrund an Qualität, ganz zu schweigen von der verminderten Integrationsfähigkeit.



Privatschulen haben für Schülerinnen und Schüler mit speziellem Förderbedarf ihre Berechtigung, und sollte ein solcher angezeigt sein, so ermöglicht das heutige Fördersystem des Kantons eine entsprechende kostenlose Beschulung in einer solchen Schule.

Tagesschulen und Tagesstrukturen

Die CVP Basel-Stadt ist für den Ausbau der Tagesbetreuung und Tagesstrukturen. Sie lehnt flächendeckende Tagesschulen ab.

Basel verfügt über eines der bestausgebauten Tagesbetreuungsangebote in der Schweiz.² Mit dem neuen Tagesbetreuungsgesetz (TBG) wird dieses noch verbessert, da mit ihm die Wahlfreiheit der Eltern für die Kindertagesstätte erleichtert und vereinfacht wird.

Die CVP Basel-Stadt begrüsst das neue TBG in seinem subsidiären Ansatz, der es Eltern ermöglicht in Selbstverantwortung einen Teil der Kinderbetreuung in fremde Hände zu geben. Sie wehrt sich gegen Tendenzen, die Tagesbetreuung so auszubauen, dass Eltern von ihrer Selbstverantwortung gänzlich zugunsten von flächendeckenden Ganztagesangeboten wie Tagesschulen entbunden werden.

Tagesschulen sind im Bedarfsfall und entsprechender Indikation eine wichtige Institution und ein entsprechendes Angebot ist sinnvoll. Bei einer flächendeckenden Einführung droht jedoch die Gefahr, dass dieses Angebot von doppelverdienenden Eltern über Gebühr in Anspruch genommen wird und entsprechend Plätze für wirklich auf dieses Angebot angewiesene Familien fehlen.

Die CVP Basel-Stadt unterstützt die Bestrebungen der Regierung, die Tagesstrukturen und die Mittagstische auszubauen, mit dem Ziel, dass bis ins Jahr 2025/26 rund 50% der Schülerinnen und Schüler der Primarstufe Tagesstrukturen nutzen können.³

Die CVP Basel-Stadt erkennt aber auch, dass das jetzige Tagesbetreuungsangebot Schwächen an den Randzeiten und der Betreuung während der Schulferien aufweist. Entsprechend müssen Angebote, die solche Engpässe für Eltern an Randzeiten und während der Ferien auffängt, bereit gestellt werden.

² Vgl. *Bildungsbericht Schweiz 2018*, S. 47.

³ Vgl. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend "Einführung einer Tagesschule" vom 10. April 2019 (<http://www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100389/000000389647.pdf?t=155522788320190414094443>).



Checks

Die CVP Basel-Stadt ist für die sinnvolle Beibehaltung der Checks.

Ein gutes Bildungssystem darf und muss einen Vergleich mit anderen Bildungsinstitutionen nicht scheuen. Die Checks geben Rückschlüsse darauf, inwiefern Lernziele erreicht wurden und wie diese im Vergleich zu anderen Institutionen gleicher Stufe einzuordnen sind. Sie geben auch Rückschlüsse auf Korrekturbedarf des eigenen Unterrichts. Nimmt man eine Harmonisierung der Bildungslandschaft Schweiz ernst, dann muss diese Harmonisierung nicht nur in Bezug auf die Strukturen stattfinden, sondern auch in Bezug auf Lerninhalte und deren Vermittlung. Dazu braucht es flächendeckende Checks innerhalb der Kantone der Harmonisierungspartner.⁴

Wichtig dabei ist, dass Rückmeldungen der Resultate solchermassen sind, dass sich daraus auch wirklich Massnahmen ableiten lassen.

Sie dürfen zu keinem kompetitiven Ranking zwischen den Institutionen führen und entsprechend diskret müssen die Resultate rückgemeldet und publiziert werden. Wird dies richtig und verantwortungsbewusst gemacht, kann das Misstrauen auf Lehrerseite zu solchen Checks abgebaut werden. Kontraproduktive Abwehrmassnahmen wie "Teaching to the Test" werden verhindert und Rückmeldungen werden als konstruktiven Beitrag für die eigene Unterrichtsreflexion akzeptiert und willkommen geheissen.

Das Erziehungsdepartement hat auf vorgebrachte Kritik an Checks reagiert und deren Anzahl eingeschränkt (Sistierung von Check S3) und in Bezug auf die Rückmeldung Verbesserungen in die Wege geleitet.

Gymnasialquote

Die CVP Basel-Stadt bekennt sich zum Förderaspekt in der Volksschule. Diese Förderung muss jedoch im Hinblick auf die den Jugendlichen angemessenen Optionen ausgerichtet sein. Entsprechend wichtig ist der Leistungs- und Selektionsaspekt in der Volksschule.

Sekundarschule

Eine Gymnasialquote von fast 40%⁵ und eine Maturitätsquote von fast 30%⁶ in unserem Kanton schwächt das Gymnasium und stellt mittelfristig den prüfungsfreien Zutritt

⁴ Vgl. Art. 8 Abs. 2 HarmoS-Konkordat und Regierungsvereinbarung über die Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz von 2009, 2013 und 2017 zwischen den Kantonen AG, BL, BS und SO.

⁵ Vgl. Antwort des Regierungsrates auf die Schriftliche Anfrage Franziska Roth betreffend "Stufenübertritte der Schülerinnen und Schüler vom SJ 17/18 aufs SJ 18/19" vom 20. November 2018. (<http://www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100388/000000388650.pdf?t=154901508020190201105800>).

Im Schuljahr 2018/19 betrug die Übertrettsquote 41,2%. Die aktuelle Quote für das Schuljahr 2019/20 beträgt 37,2%.

⁶ Vgl. *Zahlenspiegel Bildung 2018. Staatliche Schulen und Angebote im Kanton Basel-Stadt*. Basel: Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt, 2018. S. 46 (<https://www.edubs.ch/publikationen/zahlenspiegel>).

zu den universitären Hochschulen infrage. Zudem schwächt sie unser duales Berufsbildungssystem, wo über eine Lehre und anschliessender Fachhochschule ein Hochschulabschluss erreicht werden kann, dies mit sehr guten, wenn nicht noch besseren Aussichten auf eine Anstellung als mit dem Abschluss an der Uni (Arbeitslosenquote nach Fachhochschulabschluss 3,9%, nach Uni-Abschluss 4,6%⁷). Basel-Stadt hinkt mit seinem 10,2% Anteil Berufsmaturandinnen und Berufsmaturanden mit 5% Abstand dem schweizerischen Durchschnitt von 15% hinterher.⁸

Eine hohe Gymnasialquote bedeutet, dass der Selektionsprozess von der abgebenden Schule auf die aufnehmende Schule überwältigt wird. So muss diese im ersten Jahr die Selektion selbst vornehmen, was den gymnasialen Unterricht im nunmehr nur noch vierjährigen Gymnasium beeinträchtigt.

Schon seit einiger Zeit werden die hohen Maturitätsquoten in den Spitzenkantonen Basel-Stadt und Genf kritisch beobachtet. Bei einem Gefälle von über zwanzig Prozent zwischen den Kantonen ist gesamtschweizerisch der prüfungsfreie Zugang zu den Universitäten zunehmend infrage gestellt.

Die Sofortmassnahmen, die der Erziehungsdirektor ergriffen hat, sind nachvollziehbar, lösen das Problem aber auf die Dauer nicht (verschärfte Übertrittsbedingungen in den P-Zug, Vorgabe Notenband zwischen 4 und 5). Mittelfristig wird die Gymnasialquote auch mit diesen Massnahmen nicht reduziert, wie wir dies schon bei ähnlichen Steuermassnahmen in der OS und der WBS im Vorgängerschulsystem gesehen haben.

Werden die Lehrpläne in den drei Stufen A-Zug, E-Zug und P-Zug nicht anforderungsmässig differenziert formuliert, ist es wie selbstverständlich, dass im E-Zug mit den besten Primarschülerinnen und Primarschülern diese auch die besten Noten erzielen, und somit ist ein fast vollständiger Übertritt aller P-Schülerinnen und -Schüler in das Gymnasium gegeben.

Mit einem anforderungsmässig differenzierteren Lehrplan und allenfalls einer angepassten Fächer- und Stundentafel, würde innerhalb des P-Zuges eine echte Selektion bereits auf der Sekundarstufe stattfinden.

Dabei darf man sich auch nicht scheuen, z. B. im Französischunterricht verbindliche Lernvorgaben für Vokabular und Strukturen zu machen. Somit liesse sich auch sicher stellen, dass die ins Gymnasium übertretenden Schülerinnen und Schüler in diesem Fach jene Voraussetzungen erfüllen, auf denen ein gymnasialer Französischunterricht aufgebaut werden kann. Die entsprechenden Rückmeldungen aus den Gymnasien sind besorgniserregend.⁹ Zudem ist in diesem Zusammenhang auch das didaktische Konzept des Lehrmittels Passepartout und somit auch das Lehrmittel selbst zu hinterfragen.

⁷ Von der Hochschule ins Berufsleben. Ergebnisse der Schweizer Hochschulabsolventenbefragung der Abschlussjahrgänge 2010 und 2014. Bundesamt für Statistik BFS 2017.

⁸ Siehe Fussnote 5.

⁹ Vgl. BaZ vom 26. März 2019.



In diesem Sinne ist zu überlegen, ob in Basel-Stadt, so wie es der Kanton Basel-Landschaft tat, Stufenlehrpläne und differenzierte Stundentafeln für die drei Züge der Sekundarstufe einzuführen sind.

Eine alternative Selektionsvariante wären Eintrittsprüfungen ins Gymnasium, so wie sie im Kanton Zürich stattfinden. Dieses System erzeugt einen Markt von Schulen, die auf diese Prüfungen vorbereiten, und deren Kosten sich nur Familien im entsprechenden Einkommenssegment leisten können, was wiederum Kinder aus Familien mit kleinerem Einkommen und entsprechend auch Kinder mit Migrationshintergrund benachteiligt.

Die niedrige direkte Übertrittsquote von der Volksschule in eine Lehre von nur 16% der Jugendlichen¹⁰ ist nach Auffassung der CVP Basel-Stadt ebenfalls eine Folge der Einheits-Stundentafel. Im A-Zug sollte zumindest im 9. Schuljahr (3. Klasse Sekundarschule) auf die Bedürfnisse der einfachen Lehren (Eidgenössischer Berufstest, EBA) Rücksicht genommen werden, indem z. B. gewisse Fächer zugunsten lehrrelevanteren Unterrichtsinhalten abgewählt werden könnten.

Der gegen eine differenzierte Stundentafel ins Feld geführte Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Zügen ist entgegenzuhalten, dass sich die Stufenauf- und -abstiege auf beinahe vernachlässigbare, kumulierte 7,6% aller Schülerinnen und Schüler über die drei Jahre des ersten Durchlaufs der Sekundarschule beschränken.

→ *Anzug*: Die CVP Basel-Stadt wird demnächst einen Anzug betreffend "Stufenlehrpläne und Anpassung der Stundentafeln an der Sekundarschule" einreichen.

Primarschule

Bei der Einführung der neuen Sekundarschule ging man davon aus, dass aufgrund der Selektion in der Primarschule je etwa 30% in die drei Leistungszüge übertreten werden. Realität ist, dass im Sommer 2019 38% der Primarschülerinnen und -schüler in den P-Zug, 32% in den E-Zug und nur 25% in den A-Zug übergetreten sind. Nicht erstaunlich ist, dass aufgrund des oben Gesagten 37,2% der Sekundarschülerinnen und -schüler in das Gymnasium übertraten, also etwa der gleiche Prozentsatz wie der Übertritt von der Primarschule in den P-Zug.¹¹

Auch die Primarschule muss ihren Beitrag zu einer Reduktion der Gymnasialquote leisten. Sie tut dies unseres Erachtens zu wenig. So kann es nicht sein, dass in gewissen Quartieren praktisch 100% der Schülerinnen und Schüler einer Klasse in den P-Zug übertreten.

¹⁰ Bericht über die Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2018 (<http://www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100390/000000390085.pdf?t=156836281920190913102019>).

¹¹ Vgl. Fussnote 5.



Schule muss fördern, aber auch fordern

Die CVP hat die Ablehnung von Checks und Massnahmen zur Senkung der Gymnasialquote durch die Lehrer- und einen grossen Teil der Elternschaft sehr wohl zu Kenntnis genommen.

Sie kann insbesondere den Widerstand der Lehrerschaft gegenüber den Checks nachvollziehen, basiert er doch auf eben diesem Misstrauen diesem Instrument gegenüber, wie wir es oben dargestellt haben.

Es ist auch verständlich, dass jede externe Kontrolle über den Leistungsstand einer Klasse an der klassischen Selbstverantwortung der Lehrperson für seinen oder ihren Unterricht nagt und in der Tendenz abgelehnt wird.

Andererseits muss man feststellen, dass das Vorgängermodell des jetzigen Schulsystems mit seinem starken - unserer Ansicht nach – zu starken Fokus auf Förderung den Leistungsanspruch an die Lernenden vernachlässigt hat. Das OS/WBS-Modell hat sich nicht bewährt, nicht zuletzt auch aufgrund dieser Ausrichtung und nicht nur aufgrund des unglücklichen Konstrukts einer zweijährigen WBS.

Die neue Schule mit seiner dreizügigen Sekundarschule sollte diesen Leistungsanspruch korrigieren. Er tut dies unseres Erachtens immer noch zu wenig stark. Stufenlehrpläne und Checks, Letztere insbesondere auch in der Primarschule, sind unserer Ansicht nach ein probates und andernorts bewährtes Mittel, dies zu fördern.

Gerade in der Primarschule erhalten die Lehrpersonen mit dem Check P6 eine unabhängige Rückmeldung zum Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler in der Klasse, und dies ermöglicht auch einen Vergleich über den Klassenverband hinaus. Die Lehrpersonen erhalten so die Möglichkeit, ihren Beurteilungsmassstab zu prüfen und fairer zu beurteilen.¹²

Nicht zuletzt erhalten auch Eltern aufgrund der externen Checks eine unabhängige Einschätzung der Leistungen ihre Kinder und können entsprechend verordnete Übertrittsentscheide besser nachvollziehen.

¹² Vgl. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Beatrice Messerli und Konsorten betreffend "Streichung der Leistungschecks an der Basler Volksschule" vom 15. August 2018 (18.5121.2), Ziffer 6 (<http://www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100388/000000388042.pdf?t=154843780820190125183648>) und Antwort des Regierungsrates auf die Schriftliche Anfrage Annemarie Pfeifer betreffend "Leistungschecks an der Basler Volksschule" vom 15. August 2018 (<http://www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100388/000000388043.pdf?t=154843789920190125183819>).



Klassenlager und Skilager

Die CVP Basel-Stadt bekennt sich zum obligatorischen Schneesportlager in der Sekundarschule. Sie begrüsst deshalb den Entscheid der Regierung, aufgrund des Bundesgerichtsurteils von 2017 (Beschwerde von Thurgauer Privatpersonen zu Elternbeiträgen an Schullagern) das Budget um Fr. 440'000.- aufzustocken, um weiterhin Schneesport- und andere Klassenlager in der obligatorischen Schulzeit zu ermöglichen. Sie ist bereit, auch weitere Finanzmittel für Schullager und Schüler-Austauschprogramme zu sprechen, sollten sie nötig werden.

Die CVP Basel-Stadt erachtet es als ausserordentlich wichtig, dass gerade in der Sekundarschule das eine obligatorische Schneesport-Lager innerhalb der dreijährigen Schule weiterhin stattfinden kann. Für viele Kinder, und gerade für solche mit Migrationshintergrund, ist es die einzige Möglichkeit, überhaupt jemals mit Schneesport in den Bergen in Kontakt zu kommen, ein Erlebnis, das eigentlich jedes Kind, das in der Schweiz zur Schule geht, mindestens einmal haben sollte.

3. Gymnasium

Zertifizierung der Maturitätsprüfung

Die CVP Basel-Stadt regt an, dass die Basler Gymnasien in Bezug auf die Zertifizierung und entsprechende Anerkennung der Maturität im europäischen Ausland Prüfungsformen in den Fremdsprachen an den Maturitätsprüfungen erprobt, die mittelfristig zu einer Anerkennung dieser Prüfungen gemäss Gemeinsamem europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER) führen.

Die Maturität als - mit Ausnahme zu den medizinischen Studien - prüfungsfreier Zugang zu universitären Hochschulen ist ein hohes Gut, das nicht durch eine zu hohe Gymnasialquote infrage gestellt werden darf. In diesem Sinne versteht die CVP Basel-Stadt die in diesem Papier geforderte Selektion auf der Primar- und Sekundarstufe als Garant der Qualität dieses Abgangszeugnisses.

Verbesserungsbedarf erkennt die CVP Basel-Stadt in der Akzeptanz der schweizerischen Maturität als Abschlusszeugnis der Ausbildung auf der Sekundarstufe II in Europa. Während das International Baccalaureate (IB), das auch in Basel an den Gymnasien angeboten wird, diese Anerkennung hat, tun sich Inhaberinnen und Inhaber der Schweizer Maturität schwer, nur mit diesem Zeugnis Zugang zu Universitäten ausserhalb der Schweiz zu erlangen.

Eines der Haupthindernisse bei der Akzeptanz des Schweizer Ausweises durch das Ausland ist die nicht zertifizierte Qualität der Fremdsprachenausbildung, so wie sie im Maturitätsausweis ausgewiesen ist.

Während die Maturität aufgrund dieser Tatsache nicht zu einer reinen Sprachprüfung im Sinne z. B. eines Cambridge Advanced Certificate of English (CAE) verkommen darf, ist aber zu prüfen, inwiefern der Sprachenteil der Maturitätsprüfung in den Fremdsprachen internationalen Sprachzertifikaten angeglichen und entsprechend zertifiziert werden könnten.

Basel könnte in einem solchen Bestreben aufgrund seiner Dreilandsituation und Internationalität eine führende Rolle übernehmen und entsprechende Maturitätsprüfungsformen implementieren, denen die Verordnung des Bundesrats und das Reglement der EDK über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen (MAR) im Übrigen nicht im Wege steht.

→ *Beilage*: Die CVP Basel-Stadt wird demnächst einen Anzug betreffend "Zertifizierung der Fremdsprachenleistungen in Maturitätszeugnissen gemäss Gemeinsamem Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER)" einreichen.

Grundlagenfach Italienisch

Die CVP Basel-Stadt fordert, dass die seit Jahren verschleppte Einführung des Grundlagenfachs nun umgehend an die Hand genommen wird und dass zumindest an einem Basler Gymnasium die Wahl zwischen Französisch und Italienisch im Bereich "Zweite Landessprache" möglich ist.

Die Verordnung des Bundesrats resp. das Reglement der EDK über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen (MAR) von 1995 schreibt in Artikel 9 Abs. 7 vor, dass im Grundlagenfach "Zweite Landessprache" mindestens zwei Sprachen angeboten werden müssen. Das Eidgenössische Departement des Innern und die EDK anerkannte die gymnasialen Maturitätsausweise der Basler Gymnasien nach neuem MAR im Jahre 2002 mit der expliziten Auflage, dass das Grundlagenfach Italienisch anstelle von Französisch zumindest an einer Schule angeboten wird. Umgesetzt wurde diese Forderung bis jetzt nicht. Immerhin schrieben der damalige Erziehungsdirektor und der damalige Leiter Bildung im Januar 2013 im Schreiben "Gymnasien Basel-Stadt: Beschlüsse über die Steuerung und Angebote": "Die Auflage des Maturitätsanerkennungsreglements, im Bereich des Grundlagenfaches 'Zweite Landessprache' eine Wahl zwischen Französisch und Italienisch zuzulassen, wird zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft umgesetzt." Das sind inzwischen sechs Jahre her. Geschehen ist bisher nichts.

Mit der möglichen Wahl des Grundlagenfachs Italienisch anstelle von Französisch im Gymnasium soll nicht nur der Bedeutung von Italienisch als Landessprache Rechnung getragen werden. Es wird dadurch auch möglich, Französisch als Schulfach nach sieben Jahren abzuwählen und neu mit einer anderen Landessprache beginnen zu können.

→ *Beilage*: Die CVP Basel-Stadt wird demnächst einen Anzug betreffend "Einführung des Grundlagenfaches Italienisch am Basler Gymnasium" einreichen.



4. Hochschulen

Volluniversität Basel

Die CVP Basel-Stadt steht für eine Volluniversität Basel ein und widersetzt sich Tendenzen, kurzsichtige gewinnoptimierte Kürzungen im Bereich der Geisteswissenschaften zugunsten einer einseitigen Ausrichtung auf die Life Sciences vorzunehmen.

Die Universität Basel als älteste Universität der Schweiz hat ihre Wurzeln in der humanistischen Tradition unserer Stadt. Die Geisteswissenschaften bewahren diese Tradition und tragen zur Sicherung des kulturellen Erbes bei.

Immer wieder werden aber die geisteswissenschaftlichen Disziplinen gegenüber den unmittelbaren Return on Investments versprechenden naturwissenschaftlichen Disziplinen ausgespielt.

Für die CVP Basel-Stadt sind die Geisteswissenschaften nicht nur der kulturhistorische Boden allen naturwissenschaftlichen Forschens, sondern auch dessen Korrektiv. Sie dürfen nicht geschwächt oder gar teilweise abgeschafft werden.

"Master für alle"

Die CVP Basel-Stadt ist er Auffassung, dass eine Bachelor-Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule (PH) der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) für das Primarlehramt reicht und unterstützt die Initiative "Master für alle" nicht.

Der Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer der Schweiz (LCH) und auch die PH der FHNW fordern, dass die Ausbildung zum Primarlehramt neu nur noch als Masterstudiengang möglich sein soll.

Diese Forderung verlängert das Studium zum Primarlehrer oder zur Primarlehrerin. Dabei werden nicht die allenfalls vermehrt notwendigen praktischen Unterrichtsteile vergrössert, sondern der Theorie- und Forschungsanteil der Ausbildung wird aufgrund der Vorgaben für ein Masterstudium ausgedehnt.

Junge Menschen, die möglichst bald mit jüngsten Menschen arbeiten möchten, müssen sich auf ein verlängertes wissenschaftliches Studium einlassen, dass sie mit dieser Berufswahl nicht anstreben.

Zudem gefährdet die Verakademisierung dieser Ausbildung das duale Bildungssystem, weil eine solche Änderung allenfalls den Zugang zur Primarlehramtsausbildung über einen FMS-Abschluss, wie dies im Moment möglich ist, verunmöglicht. Auf diese Weise werden viele junge Menschen, die sich aufgrund ihres Interesses und ihren Fähigkeiten diesen Berufswunsch haben, von dieser Ausbildung ausgeschlossen.

Transparente und massvolle, von Privaten finanzierte Lehrstühle

Die CVP Basel-Stadt ist der Auffassung, dass die Uni Basel von Privaten finanzierte Professuren annehmen darf und soll, sofern deren Berufung, Forschungsinhalt und Finanzierung transparent ist und diese privat finanzierten Lehrstühle in einem verantwortbaren Verhältnis zur Anzahl der an der Universität tätigen Dozierenden ist.

Der Hochschulstandort Basel mit seiner ortsansässigen Pharmaindustrie lebt und profitiert von dieser Nachbarschaft, insbesondere im Life Science-Bereich. Die Zusammenarbeit und der Austausch mit diesen weltweit führenden Betrieben ist essenziell für die Uni. Wenn dieser Austausch und diese Zusammenarbeit zu Angeboten der Industrie führen, dass diese Professuren an der Uni Basel im Forschungsbereich ihrer Produkte finanziert, so ist das zu begrüßen. Mit nur 20 von 370 privat finanzierten Professuren liegt die Uni Basel hinter der ETH Lausanne und vor der ETH Zürich an zweiter Stelle.

Wichtig dabei ist, dass die Berufung, der Forschungsauftrag und die Finanzierung transparent sind und den Vorgaben der Universität entsprechen.¹³

Literatur:

- *Bildungsbericht Schweiz 2018*. Aarau: Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsfragen, 2018
- *Rudolf H. Strahm, Die Akademisierungsfalle. Warum nicht alle in die Uni müssen und warum die Berufslehre top ist*. Bern: hep verlag, 2014
- *Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2018. Zeit und Raum in Zahlen*. Basel: Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, 2019
- *Zahlenspiegel Bildung 2018. Staatliche Schulen und Angebote im Kanton Basel-Stadt*. Basel: Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt, 2018
- *Parteiprogramm CVP Schweiz. 2014*
- *Parteiprogramm CVP Basel-Stadt. 2012*
- *Schule befreien, Eltern verpflichten, Kinder fördern. Positionspapier der CVP Schweiz. 2017*
- *Ausgezeichnete Bildung für eine erfolgreiche, wettbewerbsfähige Schweiz. Positionspapier der CVP Schweiz. 2010*.

¹³ Vgl. dazu die Antwort des Regierungsrates vom 7. Juni 2016 auf die Interpellation von Brigitta Gerber betreffend "gesponserte Forschung an der Universität Basel".
(<http://www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100383/000000383517.pdf?t=156828522820190912124708>)